

Redaktion

COMOF

Wissen Sie, was COMOF heisst?

- a) COMOF ist die Abkürzung für den Mexikanischen Verband für funktionelles Sehen und visuelle Therapie.
- b) COMOF ist die Abkürzung des Namens eines Forschungs- und Entwicklungsprojekts zur Steuerung des sonderpädagogischen Angebots.
- c) COMOF ist die französische Variante des schwedischen Knäckebrotproduzenten WASA.

Richtig: COMOF ist eine Abkürzung (also a [www.comof.org] und b).

Es ist die französische Version der Abkürzung WASA (und nicht des Firmennamens «Wasa») (also nicht c).

COMOF heisst «Comment maîtriser l'offre en pédagogie spécialisée en regard de l'augmentation des effectifs des élèves en difficulté dans les systèmes scolaires»

– oder zu deutsch: «Wachstum des sonderpädagogischen Angebots (WASA)» (also b). Der Schwerpunkt dieser Nummer ist ganz diesem Projekt gewidmet. Schon für das Projekt zum «Wachstum des sonderpädagogischen Angebots» (S. 10), das gemeinsam von der SZH und der HfH in 6 Deutschschweizer Kantonen durchgeführt wurde, war der Auslöser die Zunahme der Lernenden in Sonderklassen und Sonderschulen. Warum wächst das sonderpädagogische Angebot kontinuierlich, obwohl vermehrt die integrative Schulung proklamiert wird? Mit Dokumentenanalysen, der Auswertung von bildungsstatistischen Daten sowie Befragungen von Lehrpersonen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen wurden die Entwicklungen im sonderpädagogischen Angebot in 7 Kantonen der lateinischen Schweiz unter die Lupe genommen.

Lesen Sie in der Folge über

- das Projekt (S. 8);
- statistische Kennwerte (S. 11);
- die Integrations- respektive Separationsbereitschaft der Lehrpersonen (S. 17) und
- die Empfehlungen an die Kantone zur Steuerung des sonderpädagogischen Angebots (S. 22).

Lic. phil. Annemarie Kummer, redaktion@szh.ch

Literatur und Links zum Thema → S. 48

Wichtiges in Kürze

Laufzeit: 1/2005-6/2007

Leitung: Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik SZH/CSPS, Theaterstr. 1, 6003 Luzern
Institut de Pédagogie Spécialisée (IPS), Haute Ecole Pédagogique (HEP-VD), Av. de Cour 33, 1014 Lausanne

Mitarbeitende: SZH/CSPS: Beatrice Kronenberg (Leitung), Anne-Marie Besse Caiazza, Rolf Lischer; IPS / HEP-VD: Jean-Paul Moulin (Leitung), Bernard Baumberger, Pierre-André Doudin, George Hoefflin, Daniel Martin

Auftraggeber: EDK-Regionalkonferenz CIIP (www.ciip.ch) der Kantone FR, GE, JU, NE, VS, VD, TI

Publikation: Die Publikation zum Projekt COMOF erscheint ca. September 2007 in der Edition SZH/CSPS (edition@szh.ch).

Bildstrecke

Alles neu macht der Mai! Neu werden wir mit Fotos, inspiriert durch das Schwerpunktthema, unsere Zeitschrift illustrieren. In diesem Heft: Wie kann das sonderpädagogische Angebot *gesteuert* werden?

Beatrice Kronenberg und Jean-Paul Moulin

Comment maîtriser l'offre en pédagogie spécialisée?

Präsentation des Projekts

Wie wird das sonderpädagogische Angebot in der lateinischen Schweiz gesteuert? Das Projekt COMOF (*Comment maîtriser l'offre en pédagogie spécialisée en regard de l'augmentation des effectifs des élèves en difficulté dans les systèmes scolaires*) ging dieser Frage nach.

Die Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH/CSPS) hat aufgrund der Resultate der Studie zum Wachstum des sonderpädagogischen Angebots (WASA, S. 10) eine Nachfolgestudie in der Westschweiz und im Tessin initiiert. Die Studie wurde in Zusammenarbeit mit der Haute Ecole Pédagogique (HEP) Vaud realisiert. Sie gründete auf mehreren Feststellungen:

- In der Schweiz stieg der Anteil von Kindern, die ihre obligatorische Schulzeit nach einem besonderen Lehrplan absolvierten, zwischen den Schuljahren 1980/81 und 2004/05 massiv an (vgl. Lischer, S. 11).

- In diesem Zeitraum war vor allem eine Zunahme der Schülerinnen und Schüler in *Sonderklassen* festzustellen (insbesondere Kinder ausländischer Sprache).
- Seit 1980 wurden praktisch unverändert viele Kinder in Sonderschulen geschult. In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre hat die Quote um etwa ein Viertel zugenommen.
- Gleichzeitig wurden immer mehr Kinder in die Regelklassen integriert, weil die pädagogisch-therapeutischen Angebote erweitert wurden.
- Methoden und Verfahren für die Steuerung veränderten sich ebenfalls. Zudem wurden umfangreiche neue Führungsmodelle bei der öffentlichen Verwaltung eingeführt.

Wie also kann das sonderpädagogische Angebot gezielt gesteuert werden, ohne die Qualität der Bildung von Lernenden mit besonderen Bedürfnissen zu beeinträchtigen? Diesen Fragen kommt im Hinblick auf die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), der hohen finanziellen Kosten des Sonderschulangebots sowie der Diskussionen über die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems eine wichtige Bedeutung zu.

Struktur des Projekts

Vier Teilprojekte untersuchen

- die gesetzlichen kantonalen Grundlagen, das kantonale Bildungssystem und den Steuerungsprozess;
- die zahlenmässige Entwicklung des sonderpädagogischen Angebots in den verschiedenen Kantonen (vgl. Lischer, S. 11);





- die Zuweisungsverfahren für sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule (empirische Untersuchung, befragt wurden Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Primarlehrpersonen; vgl. Lischer et al., S. 17);
- die schulische Integration unter besonderer Berücksichtigung der Unterrichtsorganisation, der Zusammenarbeit der Lehrpersonen, ihrer beruflichen Belastung und den zur Verfügung stehenden Unterstützungsmassnahmen (empirische Untersuchung, befragt wurden Primarlehrpersonen; vgl. Lischer et al., S. 17).

Das fünfte Teilprojekt diskutiert die Resultate aus diesen vier Teilprojekten pro Kanton und vergleichend. Daraus resultieren Empfehlungen zur Verbesserung der Steuerung des Angebots (vgl. Kronenberg & Moulin, S. 22).

Organisation und Abwicklung des Projekts

Die Projektorganisation wurde vom Generalsekretariat der Konferenz der interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessins (CIIP) vorgeschlagen. Regelmässig wurde die CIIP über die Projektentwicklung orientiert. Das Projekt wurde zwischen Januar 2005 bis Juni 2006 durchgeführt. Zwischen Mai

und September 2006 präsentierte das Forschungsteam der SZH/CSPS und der HEP in jedem Kanton in Anwesenheit seiner Erziehungsdirektorin oder seines -direktors die Resultate, die wir in den folgenden Artikeln auszugsweise vorstellen.

Dr. Beatrice Kronenberg
SZH/CSPS
Theaterstrasse 1
6003 Luzern
beatrice.kronenberg@szh.ch

Prof. Dr. Jean-Paul Moulin
Direktor des Instituts für Sonderpädagogik (IPS)
HEP-VD
Av. de Cour 33
1014 Lausanne
jean-paul.moulin@hepl.ch

Annemarie Kummer Wyss

WASA – Ein Projekt zum Wachstum des sonderpädagogischen Angebots

Das Vorläuferprojekt zu COMOF in der Deutschschweiz

Vor zwei Jahren bot ein Kürzel in der heilpädagogischen Landschaft Anlass zu Diskussionen: WASA. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts zum Wachstum des sonderpädagogischen Angebots lieferten Gründe und Argumente für mögliche Veränderungen in der Ausgestaltung und Steuerung des sonderpädagogischen Angebots.

Das Projekt

Im Sommer 2003 lancierten die SZH/CSPS und die Hochschule für Heilpädagogik HfH mit sechs Kantonen (AG, AR, BS, NW, SH, TG) das Projekt WASA. Kantonale gesetzliche Grundlagen, das Steuerungssystem sowie statistische Daten zum sonderpädagogischen Angebot wurden analysiert. Lehrpersonen sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen wurden befragt zur Zuweisung und zu Aspekten der Tragfähigkeit der Regelschulen.

Wichtigste Ergebnisse

- Integration ist möglich – sie braucht allerdings klare bildungspolitische Vorgaben und Zeit, damit in den Schulen ein Kulturwandel stattfinden kann.
- Chancengerechtigkeit wäre eine zentrale Vorgabe des Bildungssystems: Welche Massnahmen bei Kindern mit Schulschwierigkeiten getroffen werden, hängt jedoch stark vom Wohnkanton, von Schichtzugehörigkeit und Nationalität ab.
- Welche Schulschwierigkeit oder Behinderung diagnostiziert wird, hängt ebenso sehr von der Art des Angebots wie von den ob-

WASA – in Kürze

Leitung des Projekts

Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik
SZH/CSPS, Theaterstr. 1, 6003 Luzern
Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik HfH,
Schaffhauserstr. 239, 8057 Zürich

Informationen

www.szh.ch → SZH & Service → Projekte & Downloads
www.hfh.ch → Forschung/Research → Projekt D.2

Publikation

Häfeli, K. & Walther-Müller, P. (Hrsg.). (2005). Das Wachstum des sonderpädagogischen Angebots im interkantonalen Vergleich. Luzern: Edition SZH/CSPS (zu bestellen über: edition@szh.ch)
Weitere Publikationen und Links zum Thema: S. 48

ektiv feststellbaren Merkmalen der betroffenen Kinder ab.

- Entscheidende Weichenstellungen geschehen beim Übergang vom Kindergarten zur Primarstufe.
- Das sonderpädagogische Angebot lässt sich durch finanzielle Anreize beeinflussen – Richtung Aussonderung oder Integration.

Diese Ergebnisse haben Unterschiedliches ausgelöst – unter anderem die Fortführung des Projektes in der lateinischen Schweiz. Dieses Projekt unter dem Kürzel COMOF (vgl. S. 8) wird jetzt abgeschlossen – die Ergebnisse werden in den anderen Artikeln zum Schwerpunkt vorgestellt. Eine Synthese der beiden Projekte ist vorgesehen.

Lic. phil. Annemarie Kummer Wyss
SZH/CSPS, Theaterstr. 1, 6003 Luzern
redaktion@szh.ch

Rolf Lischer

Das sonderpädagogische Angebot der lateinischen Schweiz im statistischen Spiegel

Zwischen 1980 und 2004 ist der Anteil Lernender in Sonderklassen oder in Sonderschulen schweizweit von 4.6% auf 6.7% der obligatorischen Schule gestiegen (1. bis 9. Schulklasse). Und in der lateinischen Schweiz? Die Entwicklung verlief hier völlig anders!

Die Kantone

Die sechs Kantone der Romandie und das Tessin unterscheiden sich deutlich von einander. Der drittgrösste Kanton der Schweiz – Waadt – steht dem neunmal kleineren Jura gegenüber. Zwar sind die Unterschiede zwischen den anderen fünf Kantonen auch nicht unbedeutend, sie gehören aber alleamt zu den mittelgrossen Kantonen der Schweiz. Die Bevölkerungsgrösse spielt eine nicht zu vernachlässigende Rolle im bildungspolitischen Zusammenhang. Grosse Kantone benötigen ganz andere Steuerungsinstrumente als kleine. Und je grösser ein Kanton ist, umso differenzierter kann sein Angebot in Heil- und Sonderpädagogik sein. Kleinere müssen mit ihren Nachbarkantonen zusammenarbeiten.

Genf ist ein ausgeprägter Stadtkanton mit hoher Zentrumsfunktion. Mit dem Jura weist die Untersuchungsregion aber auch einen sehr ländlich geprägten, viel dünner besiedelten und periphereren Kanton auf. Die anderen Kantone bewegen sich zwischen diesen beiden Polen, weisen aber ihrerseits auch deutlich ländliche oder deutlich städtische Regionen auf.

Von grosser Wichtigkeit für die Schule ist allerdings, wie sich die Schülerzahlen entwickeln. Hier zeichnen sich zukünf-

tig dramatische Veränderungen ab. Bis 2020 wird in allen an der Studie beteiligten Kantonen – mit Ausnahme von Genf – die Zahl der Schülerinnen und Schüler drastisch zurückgehen. Im Wallis sehen die Bevölkerungsszenarien bis zu einem Viertel weniger Kinder und Jugendliche im Schulalter vor. In Genf wird sich das bis jetzt schon starke Wachstum dieser Altersgruppe auch in der Zukunft fortsetzen.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene unterscheiden sich die untersuchten Kantone stark. Innerhalb der Vergleichsgruppe gehören die Kantone Tessin, Freiburg, Wallis und Jura zu den eher einkommensschwachen Kantonen. Seit Kurzem scheint sich Neuenburg aus dieser Gruppe zu lösen. Ein deutlich höheres Pro-Kopf-Einkommen weist der grosse Kanton Waadt auf. Genf ist aber mit Abstand der reichste Kanton in der Westschweiz.

Lernende im Bereich der Sonderpädagogik in der Schweiz...

Die in den letzten Jahren stark gestiegenen Schülerzahlen im Bereich der Sonderpädagogik haben die Studie COMOF ausgelöst. Zwischen 1980 und 2004 ist der Anteil Lernender, die in der Schweiz in Sonderklassen oder in Sonderschulen unterrichtet werden, von 4.6% auf 6.7% der obligatorischen Schule gestiegen (1. bis 9. Schulklasse).

Die 6.7% von 2004 setzen sich aus einer Schülerquote von 4.5% in den Sonderklassen und einer von 2.2% in den Sonderschulen zusammen (vgl. Abbildung 1, S. 12). So zeigt sich, dass diese Zunahme während langen Jahren vor allem auf die Sonderklassen

zurückzuführen war. Erst seit 2000 hat sich diese Quote stabilisiert und nimmt nun seither sogar ganz leicht ab. Im Gegensatz dazu war der Anteil der Kinder, die in einer Sonderschule unterrichtet wurden, in der ganzen Schweiz sehr stabil (ca. 1.7%). Ab 1997 ist allerdings auch diese Quote angewachsen. Obwohl es sich dabei um relativ kleine Prozentwerte handelt, muss doch berücksichtigt werden, dass der Anteil der Kinder in Sonderschulen in bloss acht Jahren um etwa einen Viertel zugenommen hat.

...et en Suisse latine

In den lateinischen Kantonen verlief die Entwicklung allerdings völlig anders. Seit Anfang der neunziger Jahre liegt die gesamte Separation in der lateinischen Schweiz deutlich tiefer als im nationalen Durchschnitt (2004: 4.4% gegenüber 6.7%) und nahm im Gegensatz zu demselben auch deutlich ab.

Auch in diesem Landesteil geht das Hauptgewicht der Entwicklung wieder auf die Sonderklasse zurück, jetzt allerdings im gegenteiligen Sinn. Die Quote der Schülerinnen und Schüler in Sonderklassen war immer kleiner als im Landesdurchschnitt und nahm während den beobachteten Jahren ab. Zu beachten ist allerdings, dass in der lateinischen Schweiz bedeutend mehr Schülerinnen und Schüler die Sonderschule besuchen als in der restlichen Schweiz.

Etwas genauer hingekuckt: die Sonderklassen, ...

Mit Sonderklassen werden Schulformen bezeichnet, welche klar von Regelklassen differenziert und zwischen Regelschule und Sonderschule angesiedelt sind. Im Gegensatz zu den Sonderschulen werden die Sonderklassen nicht von der IV mitfinanziert – mit Ausnahme des Kantons Genf. Ihr Programm ist auf eine spezifische Zielgruppe zugeschnitten und folgt wenn möglich dem

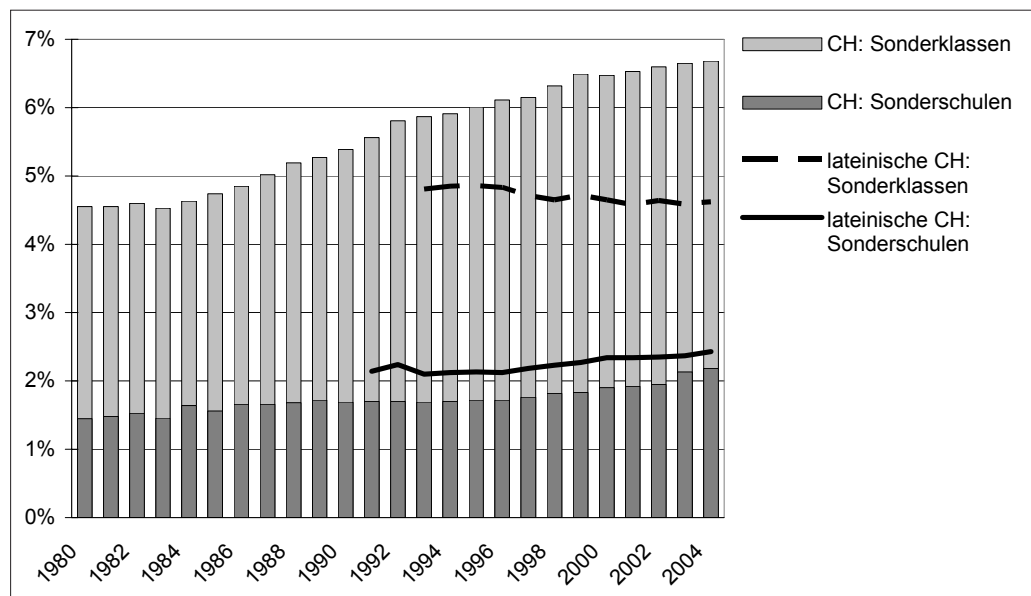


Abb. 1: Schülerinnen und Schüler in Sonderklassen und Sonderschulen der Schweiz und der lateinischen Schweiz, 1980-2004 (1.-9. Schuljahr) (Quelle: BFS)

Regellehrplan. Die reduzierte Klassengröße ist eines ihrer wesentlichen Merkmale. Der Kanton Tessin kennt die Einrichtung der Sonderklassen nicht. Aus diesem Grund wird er in sämtlichen folgenden Betrachtungen auch nicht ausgewiesen. Im Kanton Genf werden Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bildungsbedürfnissen, ob «IV-» oder «Nicht-IV-Kinder», gemeinsam unterrichtet. Die nationale Statistik kann diese Situation (noch) nicht genug differenziert erfassen. Dies führt dazu, dass die Sonderschulquote im Kanton Genf zu tief ausgewiesen wird.

Um einheitliche Vergleichsmöglichkeiten zu haben, werden Klassen für fremdsprachige Lernende zu den Sonderklassen gerechnet, obwohl sie in einzelnen Kantonen nicht zu den Sonderklassen und auch nicht zum sonderpädagogischen Angebot gerechnet werden. Da fremdsprachige Lernende in den Sonderklassen generell stark übervertreten sind, und da es sich auch bei den Sonderklassen für fremdsprachige

Schülerinnen und Schüler um eine grundsätzlich separative, wenn auch zeitlich begrenzte, Schulungsform handelt, scheint uns dieses Vorgehen für die Zwecke der vorliegenden Studie angemessen.

Deutlich sticht der Jura aus den anderen Westschweizer Kantonen heraus (vgl. Abbildung 2, unten). Er ist der einzige Kanton, in welchem der Anteil Lernender, die in einer Sonderklasse unterrichtet werden, in der Zeit von 1991 bis 2004 gestiegen ist. Mit 2.6% weist er 2004 eine um 80% höhere Separationsquote auf als zu Beginn der Beobachtungsphase. In allen anderen Kantonen der Westschweiz ging diese Quote in derselben Zeit beträchtlich zurück (VS, NE, VD, FR) oder verblieb in etwa auf dem gleichen Niveau wie zu Beginn (GE). Allerdings ist es möglich, dass sich in den Kantonen Freiburg und Wallis in den letzten Jahren eine Trendwende abzuzeichnen beginnt. Gesicherte Aussagen können dazu erst in einigen Jahren gemacht werden.

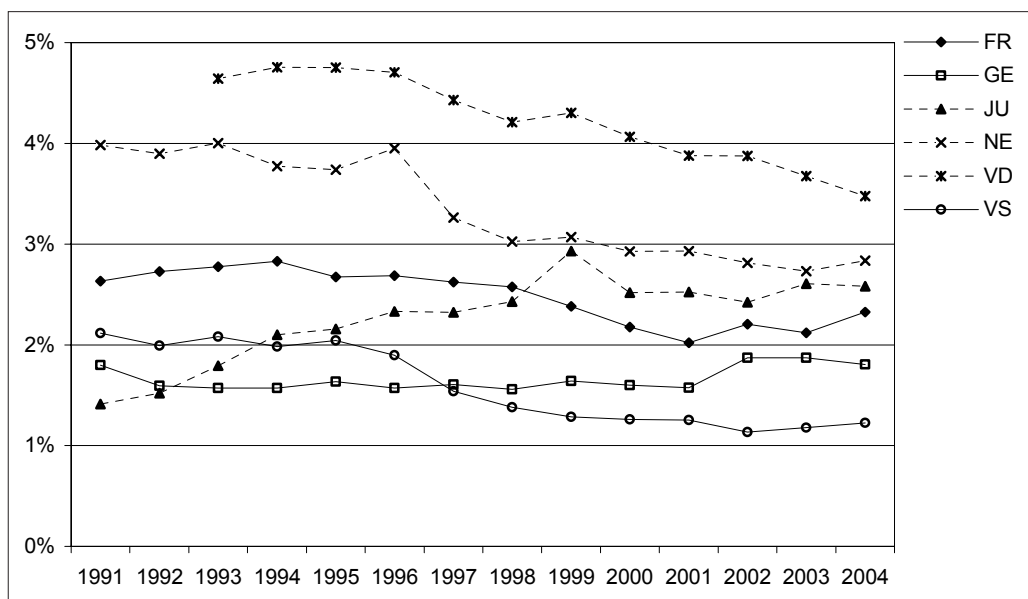


Abb. 2: Schülerinnen und Schüler in den Sonderklassen, 1991-2004 (Quelle: BFS)

Die Westschweizer Kantone unterscheiden sich aber beträchtlich von der gesamtschweizerischen Entwicklung. Im Schweizer Durchschnitt ist der Sonderklassenanteil kontinuierlich von 3.1% auf 4.5% angewachsen.

In der Westschweiz werden deutlich weniger Lernende in Sonderklassen ausgesondert als im nationalen Durchschnitt. Diese Aussage trifft nun auch für Waadt und Neuenburg zu, deren Quoten zu Beobachtungsbeginn 1991 noch weit darüber lagen. Aktuell weisen innerhalb der Westschweiz die Kantone Wallis (1.2%) und Genf (1.8%) einen tiefen Sonderklassenanteil aus. Auf mittlerem Niveau liegen die Kantone Freiburg (2.3%), Jura (2.6%) und Neuenburg (2.8%). Waadt weist mit 3.5% den höchsten Anteil auf.

Allerdings ist es nötig, den Vergleich zwischen der Westschweiz und der gesamten Schweiz etwas zu relativieren. Die Deutschschweiz kennt mit den so genannten Einführungsklassen ein Angebot, das so in der Westschweiz kaum existiert. In diesen Einführungsklassen wird der Schulstoff, der normalerweise im ersten Schuljahr erarbeitet wird, auf zwei Jahre aufgeteilt. Die Schülerinnen und Schüler erhalten so die Möglichkeit, mit der doppelten Zeit einen Entwicklungsrückstand kompensieren zu können und den Anschluss an die Regelschule zu schaffen. 1991 wurden 0.9% aller Schülerinnen und Schüler in der Schweiz in einer Einführungsklasse unterrichtet. Dieser Anteil stieg bis 2004 stetig auf 1.2%. Wird dieser Unterschied beim Vergleich der Westschweizer Kantone mit dem schweizerischen Durchschnitt berücksichtigt, so liegt der Sonderklassenanteil des Kantons Waadt einiges über dem Schweizer Mittel und die Kantone mit einer mittleren Quote liegen nur noch wenig darunter. Mit 0.8% für

2004 weist einzig der Jura Kinder in Einführungsklassen aus. Eine Quote, welche über die letzten acht Jahre stabil war und davor leicht zunahm.

... die Sonderschulen ...

Das Tessin und die Westschweizer Kantone streuen sich breit um das Schweizer Mittel. Das Wallis und der Jura haben etwas mehr als 1% ihrer Schulkinder in Sonderschulen (vgl. Abbildung 3, S. 15). Dreimal mehr sind es im Waadtland. Diese Unterschiede sind doch etwas überraschend, wenn man bedenkt, dass die allermeisten Kinder in den Sonderschulen wegen einer Behinderung eine IV-Verfügung erhalten haben. Wie oben schon erwähnt, hat die Statistik im Falle des Kantons Genf allerdings Mühe, die Realität erschöpfend wieder zu geben. Durch die Tatsache, dass im Genfer System Kinder mit besonderem Förderbedarf, ob «IV» oder «Nicht-IV», gemeinsam unterrichtet werden, führt dazu, dass die Sonderschulquote für diesen Kanton überschätzt wird.

Keine Rolle spielt in diesem Zusammenhang, dass Sonderschulen zentralisierte Einrichtungen sind und nicht in jedem Kanton in gleicher Weise angeboten werden können. Die hier präsentierten Statistiken berücksichtigen diese Tatsache. Sie haben die Schülerinnen und Schüler nach ihrem Wohnort erfasst.

Die drei Kantone mit den höchsten Sonderschulquoten (2004: VD 3.1%, GE 2.8% und FR 2.5%) weisen seit 1991 ein unterdurchschnittliches bis moderates Wachstum auf. Die Kantone Jura, Neuenburg und Tessin haben in dieser Zeit ihre Quoten stark bis massiv erhöht. Das Tessin (2.2%) gehört nun ebenfalls zu den Kantonen mit einer überdurchschnittlich hohen Sonderschulrate. Trotz relativ starkem Wachstum werden

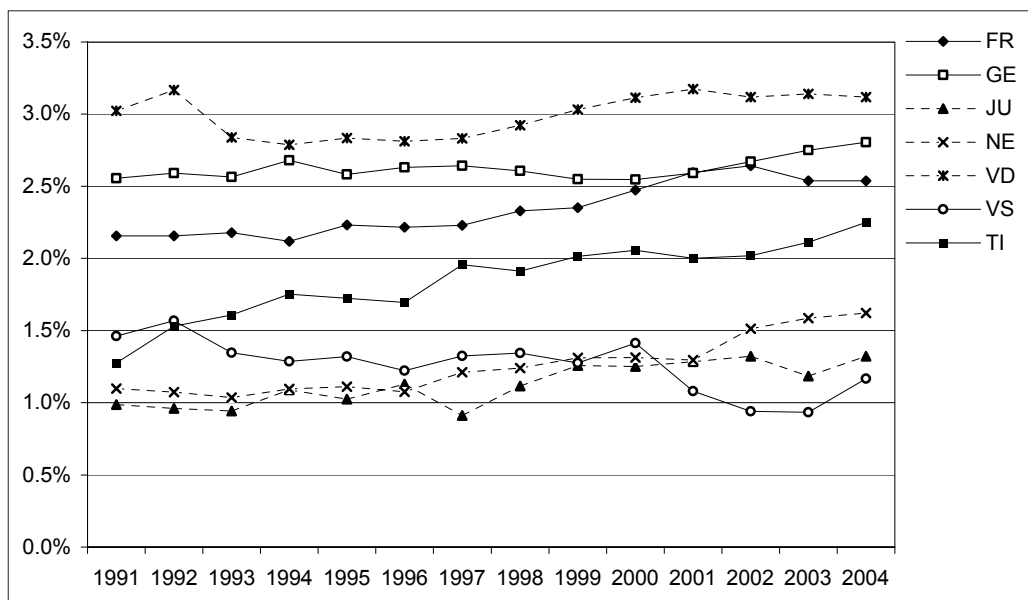


Abb. 3: Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen, 1991-2004 (Quelle: BFS)

im Vergleich immer noch wenige Schülerinnen und Schüler in den Kantonen Neuenburg und Jura in Sonderschulen unterrichtet. Das Wallis schliesslich weist eine völlig atypische Entwicklung auf: Wenige seiner Schülerinnen und Schüler sind in Sonderschulen und 2004 (1.2%) sind es erst noch ein Fünftel weniger als 1991. Ein Grund dafür liegt im Kanton Wallis in der Entwicklung schulischer Integration.

... und die Integration

Den letzten Blick werfen wir auf die Integration von IV-Schülerinnen und -Schülern, die in Regelschulen integriert sind. Dabei handelt es sich um ein statistisch nicht eindeutig abgrenzbares Phänomen. Integration reicht von einigen wenigen Stunden pro Woche, in welcher ein Schüler oder eine Schülerin am Unterricht in einer Regelklasse teilnimmt, bis hin zur vollständigen Integration. So wissen wir beispielsweise, dass der Kanton Genf bis zu 40% der Schülerinnen und Schüler von Sonderschulen

zumindest teilweise integriert, was von wenigen Stunden bis zu einigen Tagen in der Woche reicht. Aus Gründen der Vergleichbarkeit beschränken wir uns im Folgenden auf die zu 100% integrierten IV-Schulkinder.

Wo – und seitdem – Daten vorhanden sind zu integrierten Schulkindern, zeigt es sich, dass die Integration meist beträchtlich zugelegt hat. Ausnahme ist der Kanton Jura, welcher verglichen mit den anderen Kantonen relativ wenige Schulkinder integriert und eine relativ stabile Quote aufweist. Mit 0.6%, respektive 0.5% integriert beschulter Kinder weisen die Kantone Freiburg und Wallis die höchsten Integrationsraten auf. Diese relativ kleinen Prozentwerte können irreführend sein. Dass die Integration in einigen Kantonen von grosser Wichtigkeit ist, kann festgestellt werden, wenn diese Quote mit jener der separiert unterrichteten Sonderschülerinnen und -schüler verglichen wird. Im eben erwähnten Freiburg machen die integriert beschulten Kinder

beinahe einen Viertel der separiert unterrichteten Sonderschülerinnen und -schüler aus. Im Wallis ist die Integration sogar noch viel weiter fortgeschritten. Dort entspricht die Integrationsrate knapp der halben Sonderschulrate.

Es kann vermutet werden, dass die vermehrte Integration von Sonderschulkindern in eine Regelklasse bewirkt, dass die Separationsquote reduziert wird. Im Kanton Wallis scheint sich diese Vermutung zu bestätigen. Die zunehmende Integration könnte einer der Gründe sein, wieso sich die Sonderschulquote ab 2001 markant verkleinert hat. Ein Vorhaben, welches genau dies erreichen sollte, hat das Wallis Ende der neunziger Jahre eingeleitet mit seinem politischen Entscheid, die Integration zu stärken (mit einer Gesetzesänderung im Jahr 2001). In Freiburg, ein Kanton mit hoher Aussonderung, könnte sie ebenfalls das gebremste Wachstum und der leichte Rückgang der Sonderschulquote ab 2000 erklären. Eventuell lässt sich mit der Integration auch ein gebremster Anstieg der Separation in der Waadt begründen.

Fazit

Weniger Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen (ausser im Kanton Jura), mehr Lernende in Sonderschulen – so könnte man zusammenfassen. Und mit der Entwicklung schulischer Integrationsformen kann man erklären, warum in einzelnen Kantonen mit relativ hoher Aussonderungsquote (v.a. im Bereich der Sonderschulen) diese Quote eben zurückgeht. Die Integration – wenn, wie im Kanton Wallis, politischer Wille und konkrete Umsetzung – scheint somit also ihr Ziel tatsächlich zu erreichen. Davon können wir in der Deutschschweiz nur lernen...

Lic. phil. Rolf Lischer

SZH/CSPS

Theaterstr. 1, 6003 Luzern

rolf.lischer@szh.ch

Themenschwerpunkte der Schweizerischen Zeitschrift für Heilpädagogik 2007

Heft	Schwerpunkt	Redaktionsschluss
1/2007:	HFE und Grund- und Basisstufe	
2/2007:	Schnittstelle Mensch-Maschine	
3/2007:	Heil- und sonderpädagogische Forschung	
4/2007:	Pflege – Sozialpädagogik – Heilpädagogik	
5/2007:	COMOF	
6/2007:	Arbeit im Netzwerk	
7-8/2007:	«Die Sommernummer» (Lektüre ohne Schwerpunkt)	Fr, 25.05.07
9/2007:	Standardisierung der Sonderpädagogik	Fr, 27.07.07
10/2007:	Erwachsene mit Behinderungen	Fr, 24.08.07
11-12/2007:	«Besondere Bildungsbedürfnisse»	Fr, 28.09.07

Anregungen, Beiträge, Fragen etc. an: redaktion@szh.ch

Rolf Lischer, Bernard Baumberger, Jean-Paul Moulin, Pierre-André Doudin und Daniel Martin

Integration oder Separation ausländischer Schülerinnen und Schüler – Realität und Wahrnehmung

Wie nehmen die Lehrpersonen in den Kantonen der lateinischen Schweiz ihre Schülerinnen und Schüler wahr? Wie beurteilen sie die soziale oder nationale Herkunft? Wie gross ist die Bereitschaft zur Separation?

Zwischen 1980 und 2004 stieg der Anteil Schülerinnen und Schüler, die in der Schweiz in einer Sonderklasse oder Sonderschule unterrichtet wurden sehr stark an (vgl. Lischer, S. 11). Dieser Anstieg entstand beinahe ausschliesslich durch eine stark zunehmende Separation der ausländischen Schülerinnen und Schüler. Deren Separationsquote hat sich in diesem Zeitraum von 1.1% auf 3% verdreifacht, währenddem die Quote der Schweizer Kinder und Jugendlichen beinahe gleich blieb (von 3.3% auf 3.7%).

Dieser Unterschied existiert in der lateinischen Schweiz nicht. Zwischen 1993 und 2004 waren beide Quoten immer gleich gross und jeweils tiefer als im Landesdurchschnitt (ca. 2.3%). Angesichts des Ausländeranteils in der obligatorischen Schule stellen diese Quoten in der lateinischen Schweiz allerdings auch eine Übervertretung der ausländischen Schülerinnen und Schüler dar.

Uns interessiert hier die Wahrscheinlichkeit, mit welcher sich ein Ausländerkind entweder in einer Sonderklasse oder in einer Sonderschule wiederfindet. Wir beziehen uns für die folgenden Betrachtungen jeweils auf die zwei Nationalitätengruppen separat. Ohne Ausnahme ist diese Separationswahrscheinlichkeit in jedem lateinischen Kanton grösser für die ausländi-

schen Schülerinnen und Schüler als für die schweizerischen. Es gibt jedoch einige interessante Unterschiede.

Nationalität und Separationsquote

2004 haben die Kantone Waadt und Freiburg einen grossen Teil ihrer ausländischen Schülerinnen und Schüler in einer Sonderklasse oder in einer Sonderschule unterrichtet (vgl. Abbildung 1, S. 18). Mit 11.6% (VD) respektive 11.4% (FR) separierten sie jedes 9. ausländische Kind – im Gegensatz zu jeweils jedem 23. (VD) respektive jedem 30. (FR) Schweizer Kind, das gesondert unterrichtet wurde. Im Kanton Jura wurde jedes 11. und in Neuenburg jedes 13. ausländische Kind separiert (zum Vergleich: jedes 30., respektive 31. Schweizer Kind). Spezielle Angebote, die vor allem für ausländische Kinder (z.B. Einführungsklassen für Fremdsprachige) vorgesehen sind, erklären diese grossen Unterschiede nicht. Einzig im Kanton Genf hätte sich die Quote von 6.9% auf 4.2% reduziert, wenn diese Angebote nicht berücksichtigt würden. Der Unterschied zu den Schweizer Kindern wäre dadurch zwar nicht verschwunden, aber doch beträchtlich reduziert worden.

Die Kantone Wallis und Tessin unterscheiden sich stark von den anderen fünf. Das Tessin kennt die Sonderklassen nicht. Entsprechend klein sind seine Separationsquoten und die Unterschiede zwischen den Nationen sind viel kleiner als anderswo (2004: jedes 30. ausländische Kind separiert, gegenüber jedem 53. schweizerischen). Das Wallis hat in den letzten Jahren eine aktive Integrationspolitik verfolgt und seine Separationsquoten beträchtlich ge-

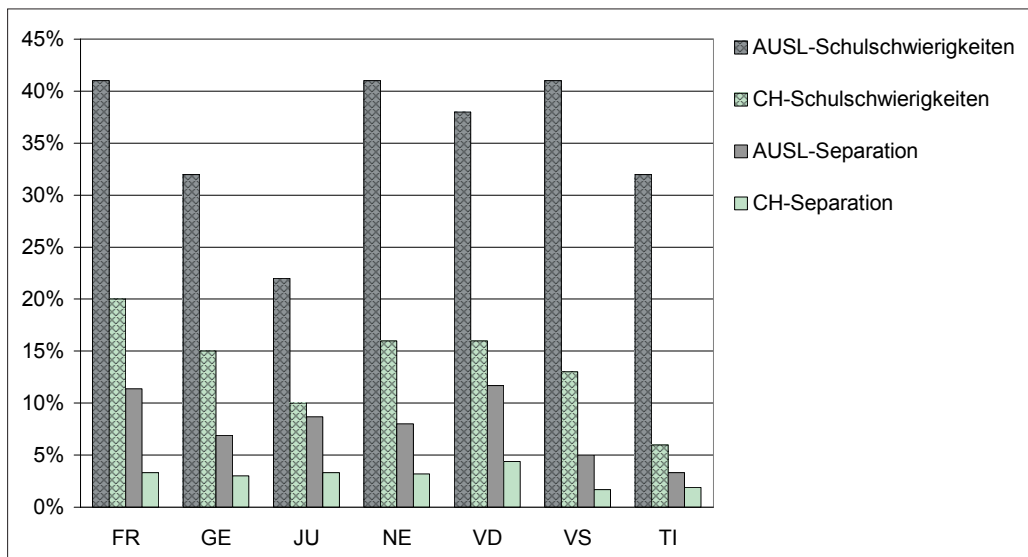


Abb. 1: Separationsquote und Quote der Lernenden, die nach Ansicht ihrer Lehrkräfte schulische Schwierigkeiten haben (bezogen auf die eigene Nation)

senkt. Sie sind sowohl für Schweizer Kinder wie für die ausländischen klein (jedes 20. ausländische Kind war separiert, gegenüber jedem 58. schweizerischen).

Schulschwierigkeiten und Separationsquote

Wenn die Separationsquote als Indikator für die gelebte Praxis steht, so ergibt die Analyse, wie die Schulschwierigkeiten der einzelnen Schulkinder wahrgenommen werden, einen Indikator für die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die zukünftig von ihrer Stammklasse separiert werden könnten. Werden die beiden Indikatoren mit einander verglichen, zeigen sie, in welchem Mass und auf welche Art Realität und Wahrnehmung übereinstimmen (vgl. Abbildung 1, oben).

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Schulschwierigkeiten ist – wie auch die Separationsquote – viel grösser bei den ausländischen Schulkindern als bei den schweizerischen. Die Lehrpersonen in den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und

Wallis attestieren mehr als 35% der ausländischen Lernenden schulische Schwierigkeiten; in den Kantonen Genf und Tessin etwa 30% und im Jura noch 21%. Wenn der kleinere Anteil im Jura mit seinem geringen Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung erklärt werden kann, darf dieses Argument nicht auf die anderen Kantone angewendet werden. Genf ist der Kanton mit der grössten ausländischen Bevölkerung, weist jedoch in der Beurteilung der Lehrpersonen einen vergleichbar geringen Anteil an ausländischen «Problemkindern» aus.

15% der Schweizer Schulkinder hat gemäss ihren Lehrerinnen und Lehrern Schwierigkeiten in der Schule. Das reicht von 6% im Tessin bis zu mehr als 20% im Kanton Freiburg. Diese Unterschiede zeigen gut, wie die Wahrnehmung der Lehrpersonen ziemlich variiert.

Der Kanton Tessin, der viele Schülerinnen und Schüler integriert, die in einem anderen Kanton separiert würden, hat einen Anteil «problematischer» Schülerinnen und

Schüler, der für die schweizerischen weit unter dem Durchschnitt und für die ausländischen leicht unter diesem liegt. Im Gegensatz dazu weisen die Kantone Freiburg und Waadt, die viele Lernende separieren, hohe Quoten bei den Schülerinnen und Schülern mit Schulproblemen auf, vergleichbar mit den Werten des Wallis, das seinerseits jedoch viele Schülerinnen und Schüler integriert.

Es ist möglich, dass die sowohl tiefe Separationsquote und tiefe «Problemquote» im Tessin auf das Vorhandensein und die gute Wirksamkeit des *sostegno pedagogico* (pädagogische Unterstützung, ähnlich dem Modell der integrativen Förderung oder der integrativen Schulungsform) zurückzuführen ist. Trotzdem ist es nötig, dieses Bild differenzierter zu betrachten. In der Tat ist die Quote der ausländischen Schülerinnen und Schüler mit Schulschwierigkeiten im Tessin fünfmal grösser als jene der Schweizer Kinder. In den anderen lateinischen Kantonen ist dieses Verhältnis nicht grösser als 3. Das eingeschränkte Angebot im Kanton Tessin (keine Sonderklassen) führt dazu, dass die Separationsquote der ausländischen Schulkinder bloss 1.7 mal grösser ist als jene der Schweizer Schülerinnen und Schüler. In den anderen Kantonen beträgt dieser Faktor mindestens 2.5, mit einem Maximum von 3.4 in Freiburg. Der Schluss liegt nahe, dass auch das Tessin eine vergleichbare Separationsquote für die ausländischen Schulkinder hätte, wenn ein schulisches Angebot zur Aussonderung existieren würde. Einmal mehr sind wir mit dem Prinzip konfrontiert, dass das Angebot die Nachfrage schafft. Zudem stellt sich die Frage nach der Bereitschaft der Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler mit schulischen Schwierigkeiten aus ihren Klassen auszusondern.

Bereitschaft zur Separation

Im Wallis sind die Lehrpersonen am wenigsten, in der Waadt und im Tessin am stärksten bereit, Kinder mit schulischen Problemen aus ihrer Klasse zu separieren. Mit zunehmendem Anteil ausländischer Schulkinder in der Gemeinde steigt zudem allgemein die Bereitschaft, diese «Problemkinder» zu separieren – eine Ausnahme ist der Kanton Neuenburg.

Beschränken wir uns auf die zwei Kantone mit den kleinsten Separationsquoten: Wallis und Tessin. Wenn wir die verschiedenen Indikatoren miteinander vergleichen, können wir zwei unterschiedliche Haltungen herausarbeiten:

Im Kanton Tessin werden viele Kinder integriert. In den Augen der Tessiner Lehrpersonen stecken weniger Schülerinnen und Schüler in schulischen Schwierigkeiten als in den anderen Kantonen. Ihre Bereitschaft, diese Kinder zu separieren, ist aber viel grösser als in den andern Kantonen.

Im Wallis nehmen die Lehrkräfte die Schwierigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler ähnlich wahr wie in den restlichen Kantonen. Aber sie haben eine viel geringere Bereitschaft als die anderen, Lernende mit Schulproblemen zu separieren.

Diese beiden Kantone dienen als Beispiele, wie die Resultate interpretiert werden können:

- Wenn die Möglichkeiten zur Separation eingeschränkt sind (fehlende Angebote) und der politische Wille zur Integration stark ist, so lässt sich eine tiefe Separationsquote feststellen.
- Ist der Entscheid, das separative Angebot einzuschränken, erst vor kurzem gefällt worden (wie im Kanton Wallis, Ende der neunziger Jahre), nehmen die Lehrkräfte die schulischen Probleme ihrer Schülerinnen und Schüler zwar immer noch gleich

wahr wie vorher, es fällt ihnen schwer, ihre heterogenen Klassen zu akzeptieren. Ihre Bereitschaft zur Separation ist allerdings gering, da sie keine andere Wahl haben.

- Liegt derselbe Entscheid schon lange zurück (wie im Kanton Tessin), ist die Tatsache der heterogenen Schulklassen durch die Lehrkräfte als «normal» akzeptiert und sie nehmen die schulischen Schwierigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler als geringer wahr. Hingegen haben sie eine hohe Separationsbereitschaft.

Aber auch andere Faktoren können die Bereitschaft zur Separation beeinflussen. In gewissen Kantonen erhöht das «schlechte» soziale Klima in der Schule, das «schlechte» Klima mit der Schulleitung und das Nicht-Praktizieren eines «offenen» Unterrichts tendenziell die Separationsbereitschaft. Die (gute) Zusammenarbeit der Lehrkräfte verringert sie eher.

Bekir, Lucas, Mike und Antoine

Fallbeispiele sind ein gutes Mittel, um die Einstellungen der Lehrpersonen zu erfragen. In einem Beispiel ging es um einen verhaltensauffälligen Knaben, der in einem Fall aus dem Kosovo, im anderen Fall aus der Schweiz stammt. Im zweiten Beispiel wurde die soziale Herkunft als Variable gesetzt – der genannte Junge zeigte Lernschwierigkeiten. Es war die Frage, welche Massnahmen die Lehrpersonen zur Förderung der Schüler vorschlugen.

Verhaltensschwierigkeit, nationale Herkunft

Der Lehreranteil, welcher integrierende Massnahmen für den verhaltensauffälligen Schweizer Knaben (Lucas) vorschlugen, steigt mit zunehmender ausländischer Wohnbevölkerung stark an, währenddem der Anteil jener leicht sinkt, die für den Jungen aus dem Kosovo (Bekir) separierende Angebote vorschlugen (vgl. Abbildung 2, unten). Keine

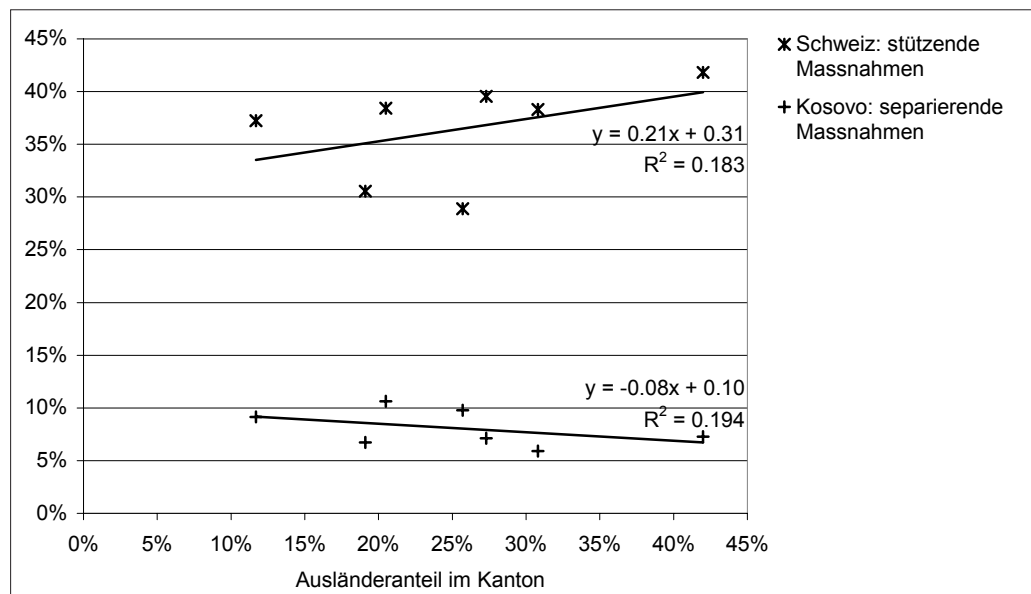


Abb. 2: Korrelation zwischen Ausländeranteil im Kanton und dem Lehreranteil, welcher stützende oder separierende Massnahmen für Lernende mit Verhaltensschwierigkeiten vorschlugen

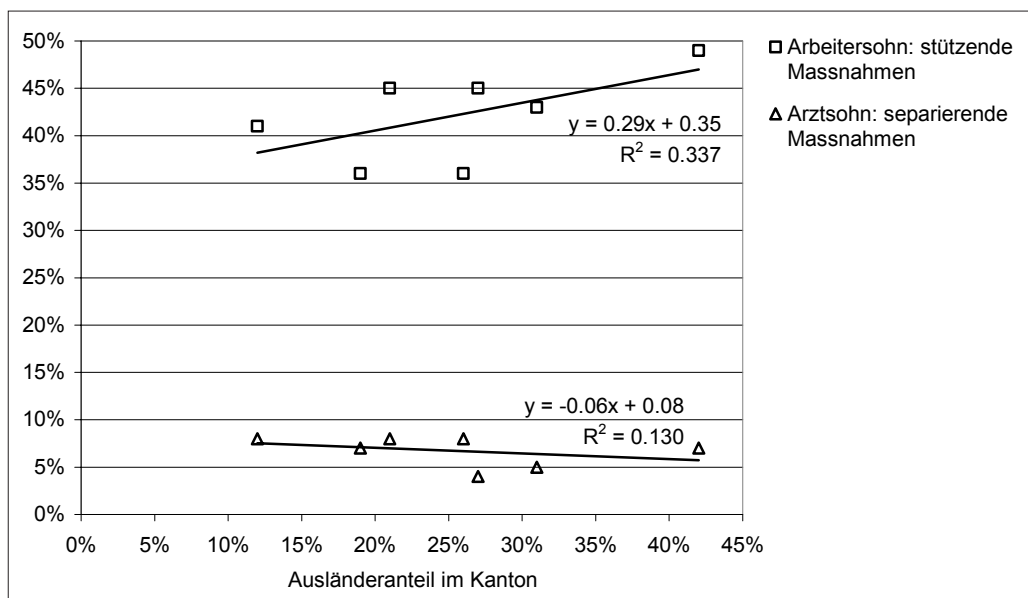


Abb. 3: Korrelation zwischen Ausländeranteil im Kanton und dem Lehreranteil, welcher stützende oder separierende Massnahmen für Lernende mit Lernschwierigkeiten vorschlagen

signifikanten Zusammenhänge ergeben sich zwischen der ausländischen Bevölkerung eines Kantons und den von den Lehrpersonen vorgeschlagenen Stützmassnahmen für Becker respektive den separativen Massnahmen für Lucas.

Lernschwierigkeiten, soziale Herkunft

Welche Rolle spielt die soziale Herkunft des Schülers bei der Beurteilung der Lehrpersonen? Für den Arbeitssohn (Antoine) schlagen die Lehrpersonen eher stützende Massnahmen in der Regelklasse vor, je grösser der Ausländeranteil in der Bevölkerung ist. Er wird dadurch weniger sozial diskriminiert. Gleichzeitig sinkt der Anteil jener ganz leicht, die für den Arztsohn (Mike) separierende Angebote vorschlagen.

Fazit

Als Fazit halten wir fest, dass ein zunehmender Ausländeranteil in der Gemeinde zwar direkt die Bereitschaft beeinflusst, «Problem-

schülerinnen und -schüler» zu separieren, aber nicht im gleichen Ausmass Einfluss auf integrierende, respektive separierende Praxis hat. Haben Kantone mit tiefen Ausländeranteilen eher die Tendenz, ausländische Schülerinnen und Schüler häufiger und leichter zu separieren, so tendieren die Kantone mit einem hohen Ausländeranteil dazu, die Integration ihrer Schweizer Schülerinnen und Schüler zu begünstigen, aber auch jene der Lernenden aus der Unterschicht.

Lic. phil. Rolf Lischer

SZH/CSPS, Theaterstr. 1, 6003 Luzern

rolf.lischer@szh.ch

Bernard Baumberger

HEP-VD, Av. de Cour 33, 1014 Lausanne

bernard.baumberger@hepl-vd.ch

Unter Mitarbeit von Jean-Paul Moulin,

Pierre-André Doudin und Daniel Martin

HEP-VD, Av. de Cour 33, 1014 Lausanne

Beatrice Kronenberg und Jean-Paul Moulin

Empfehlungen für die sechs Westschweizer Kantone und das Tessin

Welche Faktoren der Steuerung des sonderpädagogischen Angebots können durch die Kantone beeinflusst werden? Die Analyse des Projektes COMOF gibt Antworten und generelle Empfehlungen an die Kantone der lateinischen Schweiz – durchaus anregend auch für die Kantone der Deutschschweiz.

Kantone haben ihre Eigenheiten. Die Altersstruktur der Bevölkerung, der Ausländeranteil, die Finanzkraft oder die Grösse sind unterschiedlich. Diese Faktoren lassen sich nicht oder kaum steuern. Die Ausgestaltung des sonderpädagogischen Angebots hingegen lässt sich steuern – es ist denn auch unterschiedlich ausgestaltet in den Kantonen, sie haben für ähnliche Probleme unterschiedliche Lösungen entwickelt.

Das Projekt COMOF, das die Steuerung und Ausgestaltung des sonderpädagogischen Angebots in der lateinischen Schweiz untersuchte, hat diese Eigenheiten analysiert, u.a. auf der Folie der NFA. Es wird den Kantonen empfohlen

- ein kohärentes Steuerungssystem für das sonderpädagogische Angebot aufzubauen;
- die gesetzlichen Grundlagen anzupassen respektive neu zu schaffen;
- die Zuweisung und die Finanzierung besser zu koordinieren;
- die politische Stossrichtung klar zu vermitteln und zu vertreten;
- die Verwaltung der Leistungen zu optimieren;
- die integrative Schulung umzusetzen;

- die Ausbildung des Fachpersonals zu verbessern und anzupassen sowie
- die Bildungsstatistik zu entwickeln.

Kohärentes Steuerungssystem für das sonderpädagogische Angebot aufbauen

Der in den meisten Kantonen festgestellte Anstieg der Lernenden in den Sonderschulen steht in einem Zusammenhang mit vielfältigen Teilsystemen des gesamten sonderpädagogischen Angebots und demzufolge einer Vielzahl von involvierten Entscheidungsträgern. Die Koordination der Entscheide ist notwendig und kann unseres Erachtens nur durch den Aufbau eines Steuerungssystems gewährleistet werden. Hauptziel eines solchen generellen Steuerungssystems ist es, das gesamte Leistungsangebot zu kontrollieren und zielgerichteter einzusetzen.

Gesetzliche Grundlagen anpassen oder neu schaffen

Die Inkraftsetzung der NFA setzt die Anpassung gesetzlicher Grundlagen voraus, für gewisse Kantone sogar die Schaffung neuer Gesetze:

Zurzeit erarbeitet die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ein Reglement zur Anerkennung des Diploms in *Heilpädagogischer Früherziehung*. Deshalb erscheint es unerlässlich, die entsprechenden Leistungen gesetzlich zu verankern.

Das Gleiche gilt für die *Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in die Regelschule*. Der politische Wille zur schulischen Integration muss gesetzlich veran-

kert sein. Es genügt jedoch nicht, über Gesetze zu verfügen, die Integration erlauben oder dazu ermuntern, es müssen echte Anreize dafür geschaffen werden.

Zuweisung und Finanzierung koordinieren

In der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit der WHO (ICF) nimmt das Umfeld eine grosse Bedeutung ein, wenn sich Behinderung manifestiert. Behinderung wird nicht mehr wie bis anhin personbezogen wahrgenommen, sondern als Resultat einer Interaktion zwischen Person und Umfeld. Diese Perspektive verlangt nach einem Paradigmenwechsel, von einer Logik der Rehabilitation der Person zu einer Logik der «Zugänglichkeit» des Umfelds. Der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler sollen nicht mehr automatisch Mittel zugesprochen werden, sondern eher der Regelschule, z.B. in Form von Fachpersonal. Unserer Ansicht nach ist dies der Weg, um die Regelschule schrittweise für Lernende mit besonderen Bedürfnissen zu öffnen.

Im bisherigen System der Invalidenversicherung sind Diagnose und Zuordnung finanzieller Mittel eng miteinander verflochten. In Zukunft wird nicht mehr die medizinische Diagnose über den Ort der Schulung, den Lehrplan und die Finanzen entscheidend sein, sondern die spezifischen Bildungsbedürfnisse, die durch die Analyse einer Beschulung in einem möglichst normalen Umfeld definiert werden. Ort der Schule, die zu erbringenden Leistungen und die angestrebten Lernziele sind verhandelbar.

Die Kantone sollten beim Aufbau eines kohärenten Steuerungssystems sonderpädagogischer Leistungen die NFA-bedingte Chance nutzen, eine bessere Passung herstellen zwischen denjenigen, die über eine



Leistung entscheiden und denjenigen, die sie finanzieren. Dadurch werden die Kosten kontrollierbar und die Angebote können im richtigen Moment am richtigen Ort eingesetzt werden.

Politische Stossrichtung vermitteln und vertreten

Unsere Studie zeigt, dass in fünf von sieben Kantonen die Lehrpersonen keine klare Vorstellung der politischen Absichten haben, was die Schulung von Kindern mit Schulschwierigkeiten oder besonderen Bedürfnissen anbelangt. Dies obwohl die Lehrpersonen in Bezug auf die Tragfähigkeit der Regelschule die wichtigsten Akteure sind – sie müssen oft als erste von der Richtigkeit einer bestimmten Stossrichtung überzeugt werden. Seit der Einführung der obligatorischen Schule Ende des 19. Jahrhunderts wurden «bildungsunfähige» oder gescheiterte Schüler und Schülerinnen separat unterrichtet. Der Übergang zur schulischen Integration verlangt von den Lehrpersonen eine grosse Investition, die nur möglich ist, wenn sie auf die uneingeschränkte Unterstützung der Politik zählen können. Solange die politische Botschaft in diesem Bereich nicht klar ist, versteht es sich von selbst,

dass die Lehrerinnen und Lehrer sich nicht stärker dafür engagieren.

Verwaltung der Leistungen optimieren

Struktur

- Das gesamte sonderpädagogische Angebot sollte in einem einzigen Departement zusammengefasst werden.
- Eine kantonale Stelle koordiniert die Teilsysteme und trägt die Verantwortung für sämtliche Leistungen, überwacht deren Durchführung und stellt die Qualität sicher. Die Grösse des Kantons beeinflusst die Steuerungsmöglichkeiten; je nachdem sind regionalisierte Strukturen sinnvoll.

Prozesse

- Die Kompetenzen von Kanton, Bezirk und Gemeinde sollten genau definiert werden.
- Klare Verfahren sind festzulegen:
 - Wer die Diagnose erstellt, entscheidet nicht über die Massnahmen.
 - Wer die Diagnose erstellt, führt die Massnahmen nicht aus.
 - Die Angebote müssen zeitlich begrenzt sein.
- Spezifische Instrumente für die Steuerung sollen entwickelt werden, indem die Angebote Steuerungshilfen benutzen wie z.B.
 - Leistungsverträge
 - Quoten
 - Qualitätskontrolle
 - Bewertung der Wirksamkeit des Angebots am Ende der Massnahme
- Die Bewilligung von Massnahmen ist besser zu kontrollieren:
 - Regellehrpersonen brauchen Instrumente und Verfahren für den Umgang mit beobachteten Schwierigkeiten und Auffälligkeiten in ihren Klassen.
 - Massnahmen sollten erst nach sorgfältiger Durchführung des Diagnoseverfahrens bewilligt werden.

- Die Organisation der Angebote sollte transparent gestaltet und sauber abgewickelt werden, indem man

- die Korrelation zwischen Angebot und Nachfrage überprüft;
- die Qualität sicherstellt;
- Entscheid und Finanzierung koordiniert;
- klar trennt zwischen diagnostischer Abklärung, Entscheid und Leistungserbringung.

Integrative Schulen umsetzen

Eine Schule, die Kinder mit Schulschwierigkeiten oder besonderen Bedürfnissen im Regelunterricht behalten will, muss sich auf einige wesentliche Grundsätze abstützen können:

- Das soziale Klima in der Schule muss gut sein, um den Austausch zwischen den Beteiligten zu ermöglichen. Die Studie zeigt, dass die Lehrpersonen in der lateinischen Schweiz allgemein zufrieden sind mit dem Klima, das in ihrer Schule herrscht. Sie zeigt aber auch, dass Lehrpersonen dazu tendieren, Kinder mit Schwierigkeiten oder besonderen Bedürfnissen auszusondern, wenn das Betriebsklima weniger gut ist.
- Das Klima zwischen Lehrpersonen und der Schulleitung muss ebenfalls positiv sein, was nicht in allen untersuchten Kantonen der Fall ist. Der politische Wille, immer häufiger Kinder mit Behinderungen in der Regelschule zu unterrichten, muss in erster Linie von der Schulleitung gestützt werden. Dies funktioniert nur, wenn eine Vertrauensbasis zwischen Schulleitung und Lehrpersonal besteht.
- Voraussetzung für eine integrative Schule ist, dass die Lehrpersonen einer Schule zusammenarbeiten wollen und können. Unsere Studie zeigt allerdings, dass in fünf von sieben untersuchten Kantonen die Be-

reitschaft der Lehrpersonen zur Zusammenarbeit noch oft fehlt.

- Die Überlastung des Lehrkörpers kann ein zusätzliches Hindernis für die Entwicklung einer integrativen Schule sein. Lehrpersonen, die in ihren Klassen mehr als 30% Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft unterrichten, sind sehr oft überlastet. Mit Blick auf eine offenere Schule für Kinder mit Behinderungen ist es wichtig, die Klassengrösse abhängig von der Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die eine besondere Aufmerksamkeit verlangen, anzupassen. Zudem müssen die Lehrpersonen unterstützt werden.
- Eine integrativere Schule muss ihren Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen garantieren können, unbeschrieben von ihrem sozialen oder ethnischen Hintergrund.



Kinder ausländischer Herkunft riskieren jedoch gemäss unserer Studie zwei bis drei Mal eher separiert zu werden, als ihre Schweizer Kameradinnen und Kameraden. Diese Feststellung trifft auf alle Kantone – ausser auf Genf – zu, auch wenn Klassen für Fremdsprachige ausser Acht gelassen werden.

- Einer integrativeren Schule müssen die notwendigen sonderpädagogischen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit sie all ihren Schülerinnen und Schülern eine angemessene Bildung ermöglichen kann. Dies zieht Veränderungen der Kompetenzen und der Vernetzung zwischen Sonderschulen und Regelschulen nach sich.
- Schliesslich sollen an einer integrativen Schule Promotionen nicht nur aufgrund schulischer Leistungen gewährt und Klassenwiederholungen vermieden werden. Die Zuweisung an Sonderklassen soll nicht die einzige Lösung sein für Lernende, die länger brauchen, um sich den Stoff anzueignen.

Ausbildung des Fachpersonals verbessern und anpassen

Vor mehr als zehn Jahren hat die EDK Empfehlungen für die Sonderpädagogik in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung herausgegeben (1994). Diese Empfehlungen wurden vom Verband der Heilpädagogischen Ausbildungsinstitute der Schweiz (VHPA, 2003) im Rahmen eines Positionspapiers weiterentwickelt. Auch die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (SKPH) nahm sich des Themas an. Trotzdem haben die Pädagogischen Hochschulen Mühe, der Sonderpädagogik den Platz zuzuweisen, den sie verdient: Sie hat eine wesentliche Bedeutung in der Entwicklung der philosophischen und pädagogischen Grundsätze,

welche die Praxis der Lehrpersonen in der Regelschule bestimmen werden.

Die Pädagogische Hochschule muss auch der Ort sein, wo Informationen über das sonderpädagogische Angebot vermittelt werden und wo Rechte und Pflichten des Fachpersonals gegenüber Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung diskutiert werden. Auch muss an den Haltungen und den Einstellungen der Regellehrpersonen sowie aller beteiligten Fachleute, die eine mehr oder weniger wichtige Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen, ob ein Kind in der Regelschule bleiben kann oder nicht, gearbeitet werden. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen beispielsweise haben in unserer Studie die Klassenwiederholung als pädagogische Massnahme für Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten häufig empfohlen.

Bildungsstatistik entwickeln

Das Sammeln der statistischen Daten im Rahmen des Projektes COMOF war mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Die kantonalen Bildungsstatistiken sollten unbedingt verbessert werden. Daten müssen nach genau definierten Standards gesammelt werden und genügend differenziert sein, damit sie eine bessere Steuerung des Bildungssystems und eine bessere Verwaltung der sonderpädagogischen Leistungen erlauben. So ist der festgestellte hohe Anteil von separierten Schülerinnen und Schülern ausländischer Herkunft ein typisches Beispiel einer Information, die zur verbesserten Steuerung des Bildungssystems beitragen muss. Viele Fragen, die durch die Studie aufgeworfen worden sind, müssen jedoch ohne Antwort bleiben, weil aus den verfügbaren Statistiken die notwendigen Informationen nicht ersichtlich waren.

Das COMOF-Projekt hat sowohl Stärken wie Schwächen des Bildungssystems der Sonderpädagogik in der lateinischen Schweiz aufgezeigt. Die NFA bietet Gelegenheit, es zu verbessern. Nehmen wir die Chance wahr!

Dr. Beatrice Kronenberg

SZH/CSPS

Theaterstrasse 1, 6003 Luzern

beatrice.kronenberg@szh.ch

Prof. Dr. Jean-Paul Moulin

HEP-VD

Av. de Cour 33, 1014 Lausanne

jean-paul.moulin@hepl.ch

Literatur

EDK. (1994). *Sonderpädagogik in der Lehrerbildung*.

Bern: EDK (Dossier; 27).

VHPA. (2003). *Positionspapier des VHPA: Vermittlung heilpädagogisch relevanter Kompetenzen in der Lehrerinnen- und Lehrergrundausbildung*. Luzern:

VHPA. Internet: www.vhpa.ch → Download → Po-

sitionspapier 2001-2003.